

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Die Bürgermeisterin**

Ratsbetreuender Fachbereich 1 - Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum 24.01.2003
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/142237
<b>Niederschrift</b>	
<b>Rat</b>	<b>Sitzung am 16.01.2003</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:05 Uhr - 19:10 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)  18:40 Uhr – 18:50 Uhr
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigelegtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Inhalt</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 12.12.2002 - öffentlicher Teil - 742/2002**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5. Haushalt 2003; Einbringung der Entwürfe**

- 1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2003, Haushaltsbuch 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  - 2. Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  - 3. Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  - 4. Wirtschaftsplan der städtischen Feuerwehr für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  - 5. Wirtschaftsplan der städtischen Einrichtung "GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  - 6. Wirtschaftsplan des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  - 7. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  - 8. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**  
*744/2002*
- 
- 6. Hebesatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2003**  
*735/2002*
  - 7. Einwohnerfragestunde**  
*716/2002*
  - 8. Vorstellung des "Hartz-Konzeptes"**
- 
- 9.1 Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.12.2002 zu den Kosten der VHS in den kommenden Jahren**  
*725/2002*
  - 9.2 Anfragen der Ratsmitglieder**

**A Öffentlicher Teil**

**1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt für die heutige Sitzung folgende relevanten Unterlagen:

1. die Einladung vom 3.1.2003 mit den dazugehörenden Vorlagen
2. das Schreiben vom 10.1.2003 mit dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 6.1.2003
3. eine Mitteilungsvorlage zu Punkt 5 des öffentlichen Teiles, die als Tischvorlage überreicht wurde
4. den Entwurf der Haushaltssatzung für 2003 mit seinen Anlagen.

Danach weist sie auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 6.1.2003 zum Gewerbegebiet Spitze hin. Bereits in der letzten Sitzung des Hauptausschusses habe sie mit Blick auf den damals anstehenden Beschluß des Rates der Gemeinde Kürten die Einstellung aller Planungsarbeiten zum Gewerbegebiet verkündet. Hierbei bleibe es. Zugleich seien keine weiteren Grundstückskäufe mehr erfolgt.

Frau Ryborsch führt aus, daß das Gewerbegebiet Spitze immer umstritten gewesen sei. Da Kürten nunmehr ausgestiegen sei und das Gewerbegebiet nicht mehr realisiert werden könne, müßten die in Bergisch Gladbach gefaßten Beschlüsse des Hauptausschusses und des Rates hierzu widerrufen werden. Trotz der eindeutigen Beschlußlage würde offenbar immer noch Verwaltungstätigkeit im Hinblick auf die Grundstücke erfolgen. Da der nächste Hauptausschuß erst am 1.4.2003 stattfinde und die Angelegenheit keinen Aufschub dulde, sei der Dringlichkeitsantrag gestellt worden. Entsprechend der Aussage der Vorlage beabsichtige die Verwaltung, den Hauptausschuß in seiner kommenden Sitzung mit einem Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise zu befassen. Notwendig sei in diesem Rahmen auch, ihm eine Auflistung über die bislang getätigten Grundstückskäufe vorzulegen und um Entscheidung zu bitten, wie mit diesen Grundstücken weiterverfahren werde. Zudem müsse der Rat eingebunden werden.

Bürgermeisterin Opladen sagt zu, die Vorlage für den Hauptausschuß am 1.4.2003 so zu gestalten, daß auch die Fragen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hinreichend beantwortet werden. Eine Dringlichkeit sei heute nicht gegeben. Sie ergänzt, daß die

Angelegenheit in ihrer gesamten Komplexität so aufgearbeitet werde, daß auch der Rat sachgerecht entscheiden könne.

Frau Ryborsch ist mit dieser Verfahrensweise einverstanden und erklärt den Antrag ihrer Fraktion für erledigt.

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 12.12.2002 - öffentlicher Teil -**

Bürgermeisterin Opladen informiert zu Punkt 13 des Berichtes darüber, daß der Bauverein Bensberg eG die vom Rat beschlossene Kündigung der Mitgliedschaft zum 31.12.2004 inzwischen schriftlich bestätigt habe.

Im übrigen nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Tempo-30 Regelung in der Straße „ In der Auen “  
-----

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß der Petitionsausschuß des Landtages von Nordrhein-Westfalen inzwischen über die Petition zur Beibehaltung der Tempo- 30- Zone in der Straße „ In der Auen “ befunden habe. Der Petitionsausschuß habe die Rechtsauffassung der Verwaltung bestätigt, daß die Zone für die Straße aufzuheben sei. Der Ausschuß empfehle allerdings, als Ersatz umfangliche streckenbezogene Tempo- 30- Regelungen zu treffen.

Herr Dr. Kassner gibt zu der Angelegenheit eine persönliche Erklärung ab. Er erinnert daran, daß er seinerzeit von der Bürgerinitiative massiv und in einer zum Teil üblen Weise angegangen wurde. Nunmehr habe der Petitionsausschuß genau die Auffassung bestätigt, die er und die CDU- Fraktion zu der Angelegenheit stets vertraten. Die jetzt angedachte Lösung stelle auf die Abschaffung der Zone- 30 und deren Ersatz durch streckenbezogene Tempo- 30- Regelungen ab. Sie sei besser, da nunmehr den KFZ- Fahrern die zulässige Geschwindigkeit mehrfach vor Augen geführt werde. Zudem werde Rechtssicherheit hergestellt, da gegen diese Lösung nicht mehr vorgegangen werden könne. Die Angelegenheit habe nunmehr entgegen den populistischen Auffassungen anderer Fraktionen genau das richtige Ende gefunden.

Herr Orth ist der Auffassung, daß man sich sehr viel Arbeit und Ärger hätte ersparen können, wenn man von Anfang an die Angelegenheit nicht aufgegriffen hätte.

5. **Haushalt 2003; Einbringung der Entwürfe**
1. **Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2003, Haushaltsbuch 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  2. **Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  3. **Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  4. **Wirtschaftsplan der städtischen Feuerwehr für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  5. **Wirtschaftsplan der städtischen Einrichtung "GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  6. **Wirtschaftsplan des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  7. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**
  8. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2003 und Investitionsprogramm 2002-2006**

Stellvertretender Bürgermeister Hagen übernimmt die Sitzungsleitung.

Sodann hält Bürgermeisterin Opladen ihre Haushaltsrede. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Danach übernimmt Bürgermeisterin Opladen wieder die Sitzungsleitung.

Im Anschluß daran hält Stadtkämmerer Kotulla seine Haushaltsrede. Auch diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf Nachfrage von Herrn Orth definiert Stadtkämmerer Kotulla die Mitteilungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt als ein Eckpunkte- Papier, aus dem im Verlauf der Haushaltsplanberatungen ein haushaltsstellenscharfes Haushaltssicherungskonzept zu erstellen sei. Dieses Konzept müsse der Kommunalaufsicht zusammen mit dem beschlossenen Haushalt für 2003 vorgelegt werden. Das Eckpunkte- Papier beinhalte bereits die Vorstellungen einer abgestimmten Verwaltungsmeinung, an welchen Stellen zu sparen sei.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluß:**

**Die Entwürfe Haushaltssatzung 2003, Haushaltsbuch 2003, Investitionsprogramm 2002-2006 Wirtschaftspläne 2003 und Investitionsprogramme 2002-2006 des Abwasserwerkes, des Abfallwirtschaftsbetriebes, der städtischen Feuerwehr, der städtischen Einrichtungen "GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach, des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung, der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“ und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Stadtgrün Bergisch Gladbach“ werden zur Beratung an die Fach-**

**ausschüsse überwiesen.**

## **6. Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2003**

Stadtkämmerer Kotulla erläutert, daß auch Bergisch Gladbach auf Grund einer Verfügung des Landes gehalten sei, einen Realsteuerhebesatz für die Grundsteuer B festzusetzen, der zehn Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt der Städte vergleichbarer Größenordnung liege. Hieraus resultiere, daß der Hebesatz für die Grundsteuer B nunmehr nicht von 370 von hundert auf 381 von hundert, sondern von 370 von hundert auf 399 von hundert anzuheben sei. Er bittet den Rat, eine entsprechend modifizierte Hebesatzsatzung für das Haushaltsjahr 2003 zu beschließen.

Herr Orth sieht in der vorzeitigen Verabschiedung der Hebesatzsatzung für 2003 noch vor der Entscheidung über den Haushalt ein Novum. Er wertet dies als eine Selbstentmachtung des Rates. Die in der Vorlage aufgeführte Einsparung von 24.000 € an Portokosten sei letztendlich nicht stichhaltig. Für ihn wäre es möglich gewesen, das gesamte Verfahren zur Verabschiedung des Haushaltes für 2003 terminlich anders zu planen. Aus dieser grundsätzlichen Erwägung werde die SPD- Fraktion die Satzung ablehnen. Außerdem sei er als Vorsitzender des Finanz- und Liegenschaftsausschusses nicht über die beabsichtigte Vorgehensweise informiert worden. Er halte dies für keinen guten Stil.

Auch für Frau Ryborsch stellt die beabsichtigte Vorgehensweise eine Separierung dieser wichtigen Entscheidung von den übrigen Haushaltsplanberatungen dar. Da es zum Haushaltssicherungskonzept nur ein Eckpunkte- Papier gebe und die konkreten Auswirkungen auf den Gesamthaushalt noch nicht erkennbar seien, spreche Sie sich gegen den Satzungsbeschluß aus. Sie beantragt, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und die Satzung gemeinsam mit dem Haushalt zu verabschieden.

Stadtkämmerer Kotulla betont, daß der Rat nicht zum ersten Mal über eine separate Hebesatzsatzung befindet. Er sehe ein Einsparpotential von 24.000 € als durchaus nennenswert an. Im übrigen werde durch die Satzung lediglich bei der Grundsteuer B eine Veränderung vorgenommen. An der Direktive des Landes komme man in jedem Falle nicht vorbei. Er kündigt an, die Verfügung der Bezirksregierung der Niederschrift als Anlage beizufügen. Er verleiht den Inhalt eines Schreibens vom 15.1.2003 der Bezirksregierung an den Landrat.

Sodann lehnt der Rat den Antrag von Frau Ryborsch mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, F.D.P. und KIDitiative bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der F.D.P. ab.

Herr Buchholz weist darauf hin, daß bei einer Vertagung des Satzungsbeschlusses nicht nur die benannten 24.000 € an Portokosten entstünden, sondern zeitweilig auch Steuermindereinnahmen zu verzeichnen seien. Zudem werde unnötig Verwaltungskraft gebunden. Folge man der Auflage der Bezirksregierung nicht, werde voraussichtlich der Haushalt nicht genehmigt. Dies wolle die CDU- Fraktion vermeiden.

Frau Schmidt Bolzmann kritisiert, daß den Fraktionsvorsitzenden die Verfügung der Bezirksregierung nicht per Telefax bekannt gegeben worden ist. Unabhängig davon

gehe sie davon aus, daß man über eine Anweisung des Landes nicht abstimmen könne. Daher werde sich die F.D.P. der Stimmenabgabe enthalten.

Bürgermeisterin Opladen erklärt, daß der Rat nach wie vor das Recht habe, über eine Hebesatzsatzung abzustimmen. Dies sei ihm bislang nicht genommen worden.

Herr Neuheuser stimmt dem Erlaß der Satzung in ihrer modifizierten Form zu.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und KIDitative bei Stimmenthaltung der F.D.P. folgenden **Beschluß:**

1. **Der Rat verzichtet wegen der Dringlichkeit auf eine Vorberatung der Angelegenheit gem. § 1 Abs. 2 i. V. m. § 10 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach im Finanz- und Liegenschaftsausschuß und entscheidet unmittelbar über die Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2003.**
2. **Die Hebesatzsatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2003 wird in der Fassung der Vorlage unter Berücksichtigung eines Realsteuerhebesatzes von 399 v . H. bei der Grundsteuer B beschlossen.**

## 7. **Einwohnerfragestunde**

Anfrage von Herrn Klaus Hoffmann zur Kreisangehörigkeit der Stadt Bergisch Gladbach

-----

-

Herr Klaus Hoffmann verliest eine Einwohneranfrage zur Kreisangehörigkeit der Stadt Bergisch Gladbach. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Sodann beantwortet Bürgermeisterin Opladen diese Einwohneranfrage. Auch die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

## 8. **Vorstellung des "Hartz-Konzeptes"**

Fachbereichsleiter Hastrich stellt anhand einer PowerPoint- Präsentation das Hartz-Konzept und dessen Auswirkungen auf die Stadt Bergisch Gladbach vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bürgermeisterin Opladen erläutert, daß es in der heutigen Sitzung nur um eine generelle Darstellung der Problematik gehe. Selbstverständlich würden sich auch die Ausschüsse noch im Detail mit der Angelegenheit befassen.

Herr Thannisch ist der Auffassung, daß die Darstellung von Fachbereichsleiter Hastrich zu negativ sei und die zahlreichen Vorteile des Konzeptes nicht hinreichend gewürdigt wurden. So werde es für die Erwerbslosen zukünftig Hilfe aus einer Hand

sowie ein Fallmanagement geben, das nicht nur die Möglichkeiten des Arbeitsamtes, sondern auch der freien Träger und der Kommunen umfasse. Er fragt an, ob das künftige Sozialgeld tatsächlich unter dem Niveau der Sozialhilfesätze liegen werde. In der allgemeinen politischen Debatte werde zudem der Entlastungseffekt für die Kommunen durch die Betreuung der Unter – Dreijährigen herausgestellt. Hier wundere ihn, daß im Vortrag auf eine diesbezügliche Unsicherheit hingewiesen wurde.

Frau Ryborsch bittet darum, einen Vortrag dieser Art künftig ohne einseitige Wertung zu halten.

Fachbereichsleiter Hastrich erläutert, daß im Hinblick auf das künftige Sozialgeld mehrere Varianten diskutiert würden. Angedacht sei die Absicht, das Arbeitslosengeld 1 leicht oberhalb des Niveaus der Sozialhilfe anzusiedeln und im Gegenzug das Niveau des Sozialgeldes unterhalb. Im Hinblick auf den von Herrn Thannisch angemerkten Entlastungseffekt sei er in der Tat äußerst skeptisch. Entscheidend sei hierbei, wie der Begriff „Nicht erwerbsfähig“ definiert werde. Wenn dies bekannt sei, könne man ernsthaft nachrechnen. Er befürchte, daß unter Umständen etwas Ähnliches herauskomme wie bei der Grundsicherung. Es könnten unter Umständen wieder Dinge miteinander verrechnet werden, die statistisch unter Bezug auf die besondere Situation von Bergisch Gladbach nicht aufgehen. Dies gelte vor allem im Hinblick darauf, daß über Jahre hinweg erfolgreich eine Hilfe zur Arbeit geleistet worden sei. Durch diese sei im Bereich der Erwerbsunfähigen viel getan worden.

Fraglich sei, wie viele aus diesem Personenkreis aus dem Arbeitslosengeldbezug herausgenommen und der Kommune zugeordnet würden. Erst dann könne man errechnen, was für Bergisch Gladbach an Be- und Entlastungen entstehe. Auch bei der Betreuung der Unter- Dreijährigen spiele die Kostenfrage für die Kommune eine spezielle Rolle. Es handele sich hier im Bereich der Kinderbetreuung um den kostenintensivsten Teil, da erheblich mehr Personal benötigt werde. Eine Ersparnis entstehe auf kommunaler Ebene nur dann, wenn durch eine solche Betreuung möglichst viele Sozialgeld- Bezieher in das Arbeitslosengeld 1 oder 2 wechselten. Er sei skeptisch, daß dies mit den vorgestellten Mitteln des Konzeptes erreichbar sei. Zudem habe er Zweifel daran, daß es zu einem Abbau von Doppelstrukturen komme. Er sei durchaus ein Vertreter des so genannten „Fallmanagements“. Dies werde in Bergisch Gladbach im Bereich der Hilfe zur Arbeit bereits jetzt geleistet. Es ergebe sich die Frage nach dem Vorteil, wenn eine zweite Struktur parallel diese Aufgabe erfülle und dabei nicht an das kommunale Angebot gekoppelt sei.

Im übrigen nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

## **9.1 Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.12.2002 zu den Kosten der VHS in den kommenden Jahren**

**und**

## **9.2 Anfragen der Ratsmitglieder**

1. Schriftliche Anfrage zu den Kosten der Volkshochschule in den kommenden

Jahren

---

-

Bürgermeisterin Opladen weist auf die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.12.2002 zu o. g. Problematik und deren Beantwortung durch die Verwaltung hin.

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

2. Anfragen zum Brandschutzbedarfsplan und zur Grundsicherung

---

Frau Schöttler- Fuchs weist darauf hin, daß der Brandschutzbedarfsplan entgegen der Ankündigung der Verwaltung heute nicht auf der Tagesordnung stehe. Sie möchte den Grund hierfür wissen. Des weiteren bittet sie um Mitteilung des Sachstandes.

Weiterhin fragt sie an, wieviele Anträge im Bereich der Grundsicherung inzwischen eingegangen sind.

Bürgermeisterin Opladen antwortet zum Brandschutzbedarfsplan, daß dieser in den nächsten Tagen den Fraktionen zunächst vorab übersandt werde. Diese hätten dann Gelegenheit, sich mit dem Inhalt des umfangreichen Werkes zu befassen. In der heutigen Sitzung wäre der Brandschutzbedarfsplan ohnehin nicht beschlossen, sondern lediglich eingebracht und an die Fraktionen weitergeleitet worden. Das nunmehr gewählte Verfahren sei zweckmäßiger, da eine Einbindung der Fraktionen unmittelbar erfolge. Sie bezweifle allerdings, daß ein Beschluß über den Brandschutzbedarfsplan vor der Verabschiedung des Haushaltes für 2003 möglich sei.

3. Anfrage zur Kooperation der Stadt mit dem Arbeitsamt

---

Herr Freese verweist auf die Äußerung von Fachbereitsleiter Hastrich in dessen Vortrag zum Hartz- Konzept, daß sich das Arbeitsamt in der Zusammenarbeit mit der Stadt wenig kooperativ zeigen. Er geht davon aus, daß Bürgermeisterin Opladen als Hauptverwaltungsbeamtin im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes vertreten sei. Er möchte wissen, ob ihr dieses Problem bekannt sei und warum der Rat hierüber bislang nicht informiert wurde.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß sich Fachbereichsleiter Hastrich mit dieser Äußerung ausdrücklich auf die Umsetzung des Hartz- Konzeptes bezogen habe. In der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses sei das Konzept nicht Gegenstand gewesen. Sie nehme allerdings aus Zeitgründen nicht an allen Sitzungen des Verwaltungsausschusses teil, sondern lasse sich des öfteren vertreten.

4. Anfrage zur belgischen Siedlung am Neuenweg  
-----

Frau Ryborsch bezieht sich auf eine Mitteilung in einem CDU- Flugblatt, nach welcher das Gebiet der belgischen Siedlung am Neuenweg als Wohnbaufläche für die Zukunft gesichert werde. Das Bundesvermögensamt sehe vor, die hier freiwerdenden Häuser bevorzugt an junge Familien zu veräußern. Sie möchte wissen, wann der Planungsausschuß und der Rat sich hiermit befassen.

Stadtbaurat Schmickler stellt klar, daß sich der Planungsausschuß bereits mit der Angelegenheit befaßt habe und für den Bereich Aufstellungsbeschlüsse für zwei Bebauungspläne gefaßt habe. Die Problematik der belgischen Siedlung sei hierbei erörtert worden.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, daß die Anfrage zusätzlich schriftlich beantwortet wird.

5. Anfrage zur Haushaltsrede von Stadtkämmerer Kotulla  
-----

Herr Dr. Fischer weist auf Seite 13, 2. Absatz, Satz 3 der Haushaltsrede vom Stadtkämmerer Kotulla hin, wonach eine Möglichkeit zum Abbau der Alt-schulden die Erstellung eines Konzeptes zur sozialen Bodennutzung im Rahmen der städtischen Bauleitplanung und Bodenbevorratung wäre. Er möchte wissen, wie dies zu verstehen sei.

Stadtkämmerer Kotulla antwortet, daß sich hierhinter die Frage verberge, ob Planungsgewinne immer privat Planungsgewinne bleiben müssen.

6. Anfrage zur Situation im Zusammenhang mit der Stabsstelle 06 und die sich hierauf beziehende Berichterstattung im Kölner Stadtanzeiger  
-----

-

Herr Cüpper weist auf die Situation der Stabsstelle 06 und die sich hierauf beziehende Berichterstattung im Kölner Stadtanzeiger vom heutigen Tage hin. Im Zeitungsartikel würden unter anderen Qualifikationsdefizite des verantwortlichen Verwaltungsmitarbeiters angesprochen. Er möchte wissen, ob vorgesehen sei, diese durch geeignete Schulungsmaßnahmen auszuräumen. Trotz des bestehenden Arbeitsvorrates behaupte der Verwaltungsmitarbeiter, nichts zu tun zu haben. Gebe es für den Arbeitsplatz eine Arbeitsplatz- oder eine Aufgabenbeschreibung und wenn ja, wie werde diese kontrolliert? Gebe es keine, sei vorgesehen, eine solche zu veranlassen? Gehe er Recht in der Annahme, daß durch eine gezielte und effektive Bearbeitung der mit den Großprojekten zusammenhängenden Aufgaben diese gegebenenfalls schneller auf den Weg gebracht werden können?

7. Anfrage zur sozialen Kontrolle belgischer Liegenschaften sowie zur Zukunft

des ehemaligen belgischen Internats

---

-

Herr Sprenger weist darauf hin, daß die Veräußerung belgischer Liegenschaften im Stadtgebiet durch die Bundesvermögensverwaltung unter Umständen noch Jahre dauere. Er möchte wissen, wie bis zum Abschluß des Verfahrens in diesen Bereichen eine soziale Kontrolle gewährleistet werde. Ggf. müsse diesbezüglich mit der Bundesvermögensverwaltung Kontakt aufgenommen werden.

Weiterhin möchte er wissen, welche Pläne es in Bezug auf die künftige Nutzung des ehemaligen belgischen Internates in der Falltorstraße gebe.

8. Anfrage zur Anberaumung einer Podiumsdiskussion zur Einführung des Ökokontos

---

-

Herr Buchholz möchte wissen, ob die Verwaltung für die oben genannte Podiumsdiskussion inzwischen die Einladung versandt habe.

Dies wird von Bürgermeisterin Opladen bejaht.

Fachbereichsleiter Sterzenbach ergänzt, daß die Veranstaltung am 21.1.2003 ab 17 Uhr stattfinde.

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet, soweit sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.

---

Maria Theresia Opladen

---

Peter Kredelbach